

Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen [Peter Borowsky]

Autor(en): **Seide, Gernot**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **20 (1970)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

österreichisch-ungarischen Monarchie; Das Verhältnis der Tschechen zur Frage Deutschböhmens u. a. m.). So bleiben die meisten Beiträge im Vordergrund stehen und befassen sich nur mit der allgemeinen Problematik, ohne in die wirklichen Zusammenhänge einzudringen.

Ob ein Beitrag wie der Engel-Janosis: Damals – Erinnerungen eines Offiziers und Wertung des Historikers – (wo bleibt die Wertung?) in einen Band wie den vorliegenden gehört, bleibt m. E. zweifelhaft.

München

Gernot Seide

PETER BOROWSKY, *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen*. Hamburg und Lübeck, Matthiesen, 1970. 316 S., Tab. (Historische Studien, Heft 416.)

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der ukrainischen Volksrepublik einerseits und den Mittelmächten andererseits am 9. Februar 1918 beendete nicht nur den Kriegszustand an einem Teil der Ostfront und hatte als erster Friedensschluß des Ersten Weltkriegs große psychologische Bedeutung, sondern eröffnete eine neue Phase der Beziehungen zwischen Deutschland und der jungen ukrainischen Republik. Wurde dieser Friedensschluß von dem ukrainophilen P. Rohrbach «als Richtspruch der Geschichte über das tatarisch-moskowitzische, gestaltungsunfähige Rußland» (S. 62) bejubelt, so konnte man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ukrainische Regierung im Augenblick der Unterzeichnung «nicht mehr beherrschte als ihre Zimmer in Brest-Litowsk», wie Trotzki sarkastisch bemerkte (S. 63).

Borowsky stellt den Punkt 7 des Vertrages – die Organisation der Wirtschaftsbeziehungen – in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Der Wunsch nach Getreidelieferungen auf deutscher und österreichisch-ungarischer Seite, die Interessen der Wirtschaft aus der Vorkriegszeit und der Wunsch nach Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetregierung Lenins trugen wesentlich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit bei.

Die Arbeit Borowskys stammt aus der Schule von Fritz Fischer und versteht sich als eine weitere Untermauerung von Fischers «Kriegszieldiskussion». Ähnlich wie in den beiden Arbeiten von Baumgart (Deutsche Ostpolitik) und Geiß (Der polnische Grenzstreifen) steht auch in der vorliegenden Arbeit zu sehr die Beweisführung für die Richtigkeit von Fischers These im Mittelpunkt, was den Verfasser leider zu oft zu einseitigen Auslegungen veranlaßt.

Das Kapitel I.2 «Die Ukraine als deutsches Kriegsziel 1914–1917» mag dies veranschaulichen. Im Gegensatz zu den französischen und belgischen Kapitalinvestitionen reichten die «bescheidenen Ansätze» deutscher Kapitalinvestitionen bei weitem nicht aus «um . . . der deutschen Industrie einen entscheidenden Einfluß auf die ukrainische Schwerindustrie zu sichern» (S. 27). Wenn dies bei den Manganerzförderungen (Rußland war 1914 der

größte Manganerzproduzent der Welt vor Indien und Brasilien) nicht zutrifft und der deutsche Einfluß erheblich war, so hat dies zunächst einmal rein wirtschaftliche Gründe, da die indische Produktion den englischen Markt, die brasilianische vornehmlich den US-Markt versorgten. Verständlich also, daß die interessierten deutschen Firmen bei Beginn der Friedensverhandlungen sofort ihre Interessen anmeldeten, zumal infolge des Krieges kaum ein anderer Produzent in Frage kam. Langverfolgte wirtschaftliche Kriegsziele lassen sich hieraus nicht ableiten.

Problematisch wird es, wenn Borowsky den Einfluß des Baltendeutschums (Schiemann, Bernhardi) und des ukrainophilen P. Rohrbach auf die deutsche Öffentlichkeit untersucht (S. 29ff.). Ob «die Beschäftigung mit der ukrainischen Nationalbewegung» überhaupt das Interesse der deutschen Öffentlichkeit erweckte (und nicht nur einiger weniger Spezialisten) wird zwar behauptet, keinesfalls aber bewiesen. Hier wäre es unbedingt notwendig gewesen, einmal zu untersuchen, wie weit der Begriff oder die Existenz «Ukraine» oder «ukrainische Nation» überhaupt für *die* Öffentlichkeit relevant waren. Die Publikationen des Baltendeutschums oder gar des OUNR (Oberster Ukrainischer Nationalrat), der zudem seine Haupttätigkeit in Galizien entfaltete, dürften kaum in das Bewußtsein *der* Öffentlichkeit gedrungen sein. Es dürfte diesen Gruppen auch kaum gelungen sein «die deutsche Öffentlichkeit weitgehend mit dem Gedanken der ukrainischen Selbständigkeit vertraut» zu machen (S. 38). Müssen einerseits diese Einflüsse des Baltendeutschums und der OUNR ausführlich für Borowskys Beweisführung deutscher Kriegsziele gegenüber der Ukraine herhalten, werden ihre Gegner im publizistischen Lager wie z. B. O. Hoetzsch kaum oder gar nicht behandelt. «Alle, die wie Hoetzsch für den russischen Einheitsstaat ... eintraten», bezeichnete Haller 1917 (er gehört in eine Reihe mit Schiemann, Rohrbach usw.) sogar als «russische Gefahr im deutschen Haus» (S. 39). Wer diese «Alle» sind, bleibt unbeantwortet, aber nicht unerheblich, stellen sie doch ein Gegengewicht zu den Annektionisten dar! Gleichfalls hätte mehr herausgearbeitet werden müssen, ob der Einfluß der Balten-deutschen bei Kaiser, Reichsleitung und militärischer Führung nachhaltig gewirkt hat. Was für die Jahre 1887 oder die Zeit Holsteins und Bülow's zutrifft, gilt nicht für 1914 (S. 29f.). In den Mittelpunkt des Kapitels stellt Borowsky das Jagow-Memorandum vom August 1914 (S. 34). «Die Ausarbeitung zeigt klar und deutlich, daß die Reichsleitung nicht erst seit Brest-Litowsk, sondern bereits kurz nach Ausbruch des Krieges ganz bewußt eine Verbindung zwischen dem Kriegsmittel der Revolutionierung und dem Kriegsziel einer Neuordnung Osteuropas herstellte» (S. 34). So «klar und deutlich» wie Borowsky die Sache sieht, ist diese nun auch wieder nicht. Wie weit das Memorandum des von dem Gedanken einer panslawistischen Gefahr durchdrungenen Staatssekretärs Jagow mit den Gedanken der Reichsleitung des ganz anders denkenden Kanzlers Bethmann Hollweg identisch war (vgl. E. v. Vietsch: Th. Bethmann Hollweg. Boppard am

Rhein 1969, S. 184ff.) oder wie weit es sich hier nur um die Gedanken eines Einzelnen handelt (vgl. auch die Haltung des deutschen Generalkonsuls Heintze in Lemberg, handelt es sich um einen Einzelfall?), müßte genauer untersucht werden. Hat das Memorandum in den späteren Akten überhaupt noch eine Rolle gespielt oder blieb es eine Eintagsfliege? Die Feststellung Borowskys, daß die «Alldeutschen» sich für die «Propagierung ihrer Ukraine-konzeption» im Januar 1916 ein eigenes Organ «Osteuropäische Zukunft» schufen und der Herausgeber der «Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen» war (S. 40), stimmt nur teilweise, denn die Zeitschrift wurde gleichzeitig mit einer Reihe anderer Verbände zusammen herausgegeben: Verband des Donau- und Balkanländer-Vereins, der Deutsch-Georgischen Gesellschaft, die Deutsch-Finnländische Vereinigung, der Deutsch-Nordische Verband. Sicher haben diese Verbände nicht der Ukraine zuliebe auf ihre eigenen Anliegen verzichtet! Somit kann die Zeitschrift eher als Sammelbecken ostdeutscher-osteuropäischer Kolonisten gelten, denn als Organ der «Ukrainekonzeption».

Objektiver und besser wird die Darstellung dort, wo Borowsky sein Ziel (Kriegszieluntermauerung) verläßt und die Beziehungen und Einflüsse zwischen Deutschland und der Ukraine auf Grund der Akten und Darstellungen untersucht. Die Auswertung umfangreicher Aktenbestände aus den Archiven in Potsdam, Merseburg, Bonn, Koblenz und Freiburg dürfte das Hauptverdienst von Borowskys Arbeit sein und ihr einen Platz in der wissenschaftlichen Forschung sichern.

Einer Überarbeitung bedarf die Umschreibung des Ukrainischen, die nicht mit den gleichen russischen Buchstaben identisch ist. So müßte es heißen: vidrodžennja statt vydrodžennja (S. 9), ukrains'koi statt ukrains'ki revoljucii (S. 9), nimec'koho statt nimec'hoho (S. 13), Kyiv statt Kiiv (S. 19), partyzans'ko-povstans'ka statt partizans'ko povstanska (S. 307) usw.

München

Gernot Seide

CLAUS MOTSCHMANN, *Evangelische Kirche und preußischer Staat in den Anfängen der Weimarer Republik. Möglichkeiten und Grenzen ihrer Zusammenarbeit.* Lübeck und Hamburg, Matthiesen, 1969. 147 S. (Historische Studien, Heft 413.)

In zahlreichen neueren Untersuchungen wird die These verfochten, daß das Verhältnis von Staat und evangelischer Kirche in der Weimarer Republik durch die nationale Haltung der Kirche, durch den «Pastorennationalismus» gestört worden sei. Das unkritisch aufgenommene Vokabular und gewisse Vorstellungswelten von Kirchenführern und Pfarrern nach dem ersten Weltkrieg lassen eine solche Schau, in der die nationale Haltung gerne als Wegbereiterin des Nationalsozialismus gebrandmarkt und die Kirche als mitverantwortlich für das Scheitern der Republik hingestellt wird, leicht zu. Sie pflegt in der theologischen wie in der historischen Literatur der Gegenwart mit apodiktischer Sicherheit aufzutreten.